

Nachrichten aus Brüssel

Malta übernimmt Ratsvorsitz

Anfang Januar hat Malta für ein halbes Jahr den Ratsvorsitz in der Europäischen Union übernommen. Die Inselrepublik, die seit 2004 Mitglied der Gemeinschaft ist, hat zum ersten Mal die Ratspräsidentschaft inne. Für das kleine Land mit einer Gesamtbevölkerung von 433 000 Einwohnern ist dies eine organisatorische und vor allem personelle Herausforderung. Inhaltlich setzen die Malteser auf Kontinuität, indem sie die Politik der beiden vorherigen Ratspräsidentschaften der Niederlande und der Slowakei fortsetzen. Ganz oben auf der Prioritätenliste stehen die Themen Migration, Binnenmarkt, Sicherheit, soziale Eingliederung, Europas Nachbarn und Maritimes. Daneben sollen die Weiterentwicklung des digitalen Binnenmarkts und der Abbau bestehender Hindernisse im realen Binnenmarkt vorangetrieben werden. In diesem Zusammenhang will das Land die Umsetzung der 2015 verkündeten Binnenmarktstrategie der Europäischen Kommission forcieren. Auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik stehen nach dem Willen der Malteser das Thema Fettleibigkeit bei Kindern und die damit verbundenen Folgen für die Gesundheit und die Gesundheitssysteme der EU-Mitgliedsstaaten im Mittelpunkt. Ferner möchte Malta die Kooperation der EU-Mitgliedsstaaten im Bereich HIV und nichtübertragbare Krankheiten vertiefen. Deutschland sicherte dem Inselstaat seine Unterstützung zu. „Wo immer wir hilfreich sein können, werden wir uns bemühen, das zu sein“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU).

Besserer Medikamentenzugang

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments verabschiedete Ende Januar einen Bericht über den Zugang zu Arzneimitteln in der Europäischen Union. Wichtigste Forderung der Abgeordneten ist ein gleichermaßen gerechter und bezahlbarer Zugang zu Medika-

menten in allen EU-Mitgliedsstaaten. Vorausgegangen waren kontroverse Beratungen, in deren Verlauf zum Teil heftige Kritik an der Geschäfts- und Preispolitik der Pharmaunternehmen geäußert wurde. Im Rahmen ihres Berichts stellen die Mitglieder des Gesundheitsausschusses eine Reihe von detaillierten Forderungen an die EU-Mitgliedsstaaten und die Europäische Kommission auf. So mahnen sie mehr Transparenz bei der Festsetzung der Arzneimittelpreise und mehr Wettbewerb durch Generikaprodukte an. Ferner sollen die Forschung und Entwicklung von Arzneimitteln intensiviert und der Rechtsrahmen für den Patentschutz bei Medikamenten modernisiert werden. Die Forderungen des Parlaments dürften nicht ungehört verhallen. Die Europäische Union hat im Arzneimittelbereich unmittelbare Gesetzgebungskompetenzen.

Spitzenposten für Deutsche

Turnusgemäß zur Halbzeit der laufenden Legislaturperiode haben im Januar die 751 Mitglieder des Europäischen Parlaments eine Reihe von Spitzenpositionen auf verschiedenen Organisationsebenen neu besetzt. Zahlreiche Abgeordnete aus Deutschland wurden dabei in Schlüsselpositionen gewählt. So wurde der Stuttgarter Rechtsanwalt Rainer Wieland (CDU) zum vierten Mal in Folge als Vizepräsident des Europäischen Parlaments bestätigt. Erstmals wurden die baden-württembergische Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt (SPD) und der nordrhein-westfälische Europaabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff (FDP) zu Vizepräsidenten gewählt. Von den 20 Ausschüssen des Europaparlaments haben fünf einen deutschen Vorsitz. Auf Fraktionsebene wurde der aus Niederbayern stammende Europaabgeordnete Manfred Weber (CSU) erneut zum Vorsitzenden der größten Parlamentsfraktion, der Fraktion der Europäischen Volkspartei, gewählt. Bereits Ende letzten Jahres wurde die oberbayerische Europaabgeordnete Dr. Angelika Niebler (CSU) als Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament bestätigt.

Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK